



Regina Görner

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

„Wir gehen vor! Gute Arbeit. Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat.“

1. Mai-Kundgebung

Remscheid, Theodor-Heuss-Platz

1. Mai 2010

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

einen guten Morgen Euch allen zum 1. Mai. Der Tag der Arbeit wird vom DGB traditionell unter ein bestimmtes Motto gestellt. Nicht immer lag der DGB dabei so dicht an den Gefühlen der Menschen wie in diesem Jahr: „Wir gehen vor!“ steht auf den Mai-Plakaten. Dieser Satz drückt aus, was viele empfinden: „Wir gehen vor!“ Wir haben viel zu lange erfahren, dass andere vorgezogen wurden, dass andere ihre Belange durchsetzen konnten und wir in die Röhre gucken mussten. Kleine Interessengruppen – Stichwort: Hotelbesitzer! – werden bedient, für die große Masse der Menschen ist kein Geld da. Gerecht ist das nicht. Jetzt müssen endlich einmal andere dran sein, sagen die Menschen: die kleinen Leute, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die, die immer hinten anstehen mussten. Die gehen vor!

Dieses Gefühl bestimmt die Menschen nicht erst seit Beginn der Krise. Es ist gewachsen, seit überall in der Welt die neoliberalen Wirtschaftstheorien Konjunktur bekommen haben mit ihrem „Alles für den Markt!“, mit der Forderung nach Deregulierung, nach Abbau des Sozialstaates, nach einer Umverteilung von unten nach oben.

Und in der Krise? Da scheint alles noch viel schlimmer. Mit unvorstellbar großen Summen sind die Staaten zur Kasse gebeten worden, damit die Ökonomie nicht zusammenbricht, und die Menschen ihre Arbeit und Regionen ihre Wirtschaftskraft verlieren. Über Nacht wurden Unsummen zur Rettung von Banken mobilisiert, die das Unheil doch wesentlich selbst angerichtet hatten. Gerecht ist das nicht, sagen die Menschen. Jetzt sind endlich wir dran.

Wohlgemerkt: Zur Bankenrettung gab es keine Alternative! Wir wissen nur zu gut: Wir leben in einer Welt komplizierter Verflechtungen. Wenn an einzelnen Stellen Veränderungen vorgenommen werden, sind die Auswirkungen manchmal unübersehbar. Die Folgen tragen dann absolut Unbeteiligte. Marktbereinigungen treffen die Falschen. Systemische Risiken nennt man so etwas.

Was haben wir in den letzten Monaten nicht alles für Begriffe lernen müssen, mit denen wir uns lieber nie beschäftigt hätten: systemische Risiken, Hedgefonds, Derivate, Ratings, Staatsbankrotte.. usw.! Unsere Welt ist sehr kompliziert geworden. Vielen macht das Angst. Menschen haben gern einfache Antworten und deshalb haben diejenigen wieder Konjunktur, die die einfachen, holzschnittartigen Lösungen anbieten. Nicht nur die Regenbogenpresse überschlägt sich in billigen Schlagzeilen, sondern die braunen Rattenfänger spüren wieder Oberwasser. Nicht nur in Solingen versuchen am heutigen Tag wieder die Unverbesserlichen mit plakativen Sprüchen Menschen Sand in die Augen zu streuen.

Sie tarnen sich gern mit Forderungen aus der Arbeiterbewegung, damit ihre wahren Absichten im Dunkeln bleiben. Aber die Geschichte hat es ja gezeigt: Sie wollen an die Macht, und wenn sie sie haben, ist das erste, was sie tun, die Gewerkschaften zu verbieten. Sie hetzen gegen Minderheiten, weil sie Menschen verachten. Sie erklären sich zum Wahrer von Kultur und treten alles mit Füßen, was Kultur ausmacht. Wir haben das nicht vergessen und wir werden nicht zulassen, dass es in Vergessenheit gerät.

Anrede,

wir müssen uns der Wirklichkeit stellen: Unsere Welt, unsere Wirtschaft ist sehr anfällig geworden. Da bricht weit weg von uns ein Vulkan aus, der Flugverkehr muss eingestellt werden und schon nach wenigen Tagen zeigen sich Folgewirkungen bis in den Alltag der Menschen hinein. Und wir können uns glücklich schätzen, dass es nur ein paar Tage waren, sonst wären nicht nur die Reisen der Flugpassagiere zum Stillstand gekommen, sondern auch immer mehr Produktionsbänder in den Industrie.

Das zeigt uns: Es ist längst nicht alles machbar, was wir im Griff zu glauben haben. Der freie Markt, der angeblich so leistungsfähig ist, kommt immer öfter an seine Grenzen. Er braucht Rahmenbedingungen, damit er funktionieren kann. Die Leistungsfähigkeit des Marktes beruht auf Voraussetzungen, für die andere sorgen müssen: eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur z.B., ein funktionierendes Rechtssystem, gute Bildung und Qualifizierung, Frieden und Demokratie.

Der Markt kann das alles nicht. Da braucht es einen Staat, der nicht nur die Einzelinteressen von Wirtschaftssubjekten berücksichtigt, sondern das Gemeinwohl. Der Staat, die Politik müssen sich um das kümmern, was allen zugute kommt. Jemand muss für Gerechtigkeit sorgen und Spielregeln setzen. Jemand muss öffentliche Dienstleistungen vorhalten und eine Infrastruktur aufbauen, die moderne Produktionssysteme und erfolgreiches wirtschaftliches Handeln überhaupt erst möglich machen.

Nicht weniger Staat ist nötig, sondern genug Staat, damit das Gemeinwohl im Blick bleibt, die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden und auch für Gerechtigkeit gesorgt ist. Da müssen in der Politik die richtigen Schwerpunkte gesetzt werden. Das war viel zu lange nicht der Fall. Deshalb sagen wir: Wir gehen vor! Die Belange der Mehrheit der Menschen, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen endlich wieder in den Mittelpunkt.

Mit politischen Absichtsbekundungen ist es nicht getan. Es reicht nicht, ein paar Managerboni zu kürzen oder auf amerikanische Bausparkassen zu schimpfen. Es müssen endlich die richtigen Rahmenbedingungen für die Finanzmärkte weltweit geschaffen werden. Sonst sind wir in der nächsten Krise, noch ehe die Folgen der gegenwärtigen überstanden sind.

Regulierung der Finanzmärkte ist überfällig. Das fordert inzwischen selbst der Bundespräsident. Die Bundesregierung macht Ankündigungen, aber die Umsetzung lässt viel zu lange auf sich warten. Interessengruppen mobilisieren weltweit, damit die Zocker und Spekulanten weiter ihre Geschäfte machen können.

Da sagen wir: Wir gehen vor! Es darf nicht sein, dass diejenigen das große Geld machen, die auf bestimmte Marktentwicklungen wetten, die sie durch Spekulation manipulieren. Wirtschaftliche Werte werden damit nicht geschaffen.

Gleichzeitig können mittelständische Unternehmen, die Aufträge haben, die notwendigen Investitionen nicht durchführen, weil sie Kredite nur zu unzumutbaren Bedingungen bekommen. Die Stahlindustrie sieht sich mit gigantischen Preissteigerungen an den Rohstoffmärkten konfrontiert. Und die Menschen in Drittweltländern können ihren Reis nicht mehr bezahlen. Den Spekulanten an den Finanzmärkten muss schnellstens das Handwerk gelegt werden, damit endlich wieder Geld in reale Wirtschaftsentwicklung fließen kann. Dafür braucht man eine Finanztransaktionssteuer, die das Zocken teuer macht. Wir fordern die Bundesregierung auf, dafür all ihren Einfluss geltend zu machen. Denn wir gehen vor, nicht die Interessen von Finanzhaien und Spekulanten!

Die Menschen haben erfahren, was von den Versprechen derer zu halten ist, die niedrige Steuern ankündigen, aber nur Hotelbesitzer und Besserverdienende im Blick haben. Wir sagen: Zuallererst muss dafür gesorgt werden, dass diejenigen, die Geld haben, sich wieder an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen, dass die Umverteilung von den Schwachen auf die Starken aufhört, dass Geld zur Verfügung steht für ein Bildungssystem, das allen Chancen eröffnet und nicht nur die Privilegien von Besserverdienenden absichert.

Wir haben genug von den neoliberalen Unheilslehren, zu denen nicht zuletzt die Deregulierung der Arbeitsmärkte gehört. Viel zu lange hat die Politik auf Niedriglöhne gesetzt. Längst ist absehbar, dass dadurch nicht die versprochenen Chancen für

Benachteiligte und Arbeitslose entstanden sind, sondern immer mehr Menschen in den Strudel prekärer Beschäftigung hineingezogen wurden.

Dabei haben die Gewerkschaften in den letzten Monaten mit aller Kraft dafür gekämpft, dass Menschen in Beschäftigung bleiben konnten. Wir haben der Politik die richtigen Vorschläge dafür gemacht: Abwrackprämie, Investitionsprogramme, Kurzarbeit. Und sie hat gut daran getan, es umzusetzen, denn jetzt zeigt sich, dass sich die Situation am Arbeitsmarkt im internationalen Vergleich weit besser entwickelt hat als erwartet worden war. Wir sind noch längst nicht über den Berg. Umso wichtiger ist es, dass wir bei den Rezepten bleiben, die sich bewährt haben: Keine Entlassungen in der Krise! Das gilt auch in diesem Jahr.

Warum kämpfen wir im Augenblick so um jeden Arbeitsplatz? Weil wir wissen, dass die Arbeitsplätze, die nach der Krise wiederkommen, mit hoher Wahrscheinlichkeit prekär sein werden, ohne Aussicht auf Dauerbeschäftigung, schlechter bezahlt und mit schlechteren Arbeitsbedingungen. Woher wir das wissen? Einmal, weil seit Jahren die großen Konzerne ankündigen, dass sie weniger Stammbeschäftigten und mehr Leiharbeit planen.

Und dann sehen wir inzwischen, was sich nach den Deregulierungen in der Hartz-Reform am Arbeitsmarkt getan hat: Von denen, die vor der Reform in einem ordentlichen Beschäftigungsverhältnis waren, musste sich nach 5 Jahren jeder Vierte mit schlechteren Bedingungen zufrieden geben. Befristungen, Leiharbeit, Ein-Euro- und Mini-Jobs, Praktika und Werkverträge – das alles verdrängt die geregelte Beschäftigung.

Wer einen Job sucht, findet heute nur noch selten Dauerbeschäftigung in Vollzeit. Schon jedes 2. Arbeitsplatzangebot ist nur befristet. Das trifft alle, die neu auf den Arbeitsmarkt strömen, egal ob sie ihren Arbeitsplatz verloren haben oder noch nie beschäftigt waren. Und das sind natürlich die jungen Leute, die immer weniger Chancen auf eine gesicherte Lebensperspektive haben. Die hat die Krise mit besonderer Härte erwischt. Sie waren die ersten, die als Leiharbeiter entlassen wurden, und auch ihre Ausbildungsperspektiven sind wieder schlechter geworden.

Schon im vergangenen Jahr sind etwa 8% der Lehrstellen verloren gegangen. Mir macht große Sorgen, dass im Maschinenbau, der ohne qualifizierte Fachkräfte gar nicht denkbar ist, jeder dritte Betrieb die Ausbildung auch in diesem Jahr runterfahren will. Die Unternehmen haben offenbar nichts gelernt. Wenn die Auftragslage schlecht ist, fahren sie die Ausbildung zurück. Und vier, fünf Jahre später, wenn die Aufträge boomen, fehlen dann die Fachkräfte.

Vor allem die großen Betriebe werben dann denen, die ausgebildet haben, die Fachkräfte ab und die anderen schauen in die Röhre. Dagegen hilft nur eins: Wer nicht ausbildet, soll zahlen. Damit die, die ausbilden, wenigstens entlastet werden können. Wir fordern seit Jahren eine gesetzliche Umlagefinanzierung oder wenigstens Branchenfonds. Die Arbeitgeber lehnen das ab. Sie sägen an dem Ast, auf dem sie sitzen. Wir brauchen die Umlagefinanzierung, denn die jungen Leute gehen vor!

Junge Menschen brauchen sichere Arbeit, Zukunftsperspektiven, Planbarkeit des Lebens, damit sie eine Familie gründen, sich irgendwo niederlassen und ihr Leben aufbauen können. Das ist leider selbst für die, die eine qualifizierte Ausbildung haben, nicht mehr selbstverständlich. Prekäre Arbeit droht auch den gut Qualifizierten, selbst Studierende sind immer öfter betroffen.

Die Zweite Schwelle nach der Ausbildung ist heute nicht weniger hoch wie die Erste nach der Schule. Deshalb müssen junge Leute überall in den Betrieben um ihre Übernahme bangen. Wir sind als IGMetall stolz, dass wir in den letzten Monaten durch Tarifpolitik, aber auch durch den Einsatz von Betriebsräten und JAVis die

Übernahmechancen verbessern konnten. Damit zeigen wir: Die jungen Leute gehen vor! Die Gewerkschaften lassen sie nicht im Stich.

Besonders schlimm trifft es die Leiharbeiter. Durchschnittlich verlieren sie alle 3 Monate ihren Arbeitsplatz und wissen nie, wie es danach weitergeht. Sie werden etwa um ein Drittel schlechter bezahlt als die fest angestellten Kollegen, neben denen sie in den Werkshallen stehen.

Jeder hofft auf eine Daueranstellung und die meisten ertragen dafür unzumutbare Bedingungen, ohne sich zu wehren, immer in der Hoffnung, es könne diesmal vielleicht doch für eine Übernahme reichen. Aber es reicht natürlich nicht. Es ist wie mit der Mohrrübe, die dem Esel vor die Nase gehalten wird. Er kommt nie ran. Genau so geht es den befristet Beschäftigten und vor allem den Leiharbeitern, es sei denn, Gewerkschaften und Betriebsräte im Entleihbetrieb setzen sich für sie ein und sichern ihnen bessere Bedingungen.

Damit ich nicht missverstanden werde: Es gibt gute Gründe für Leiharbeit: wenn kurzfristig Personal ausfällt oder unvorhersehbare Auftragsspitzen anfallen. Aber es gibt überhaupt keine Gründe dafür, Leiharbeit mies zu bezahlen und den Leiharbeitern Arbeitsbedingungen zuzumuten, die ihre fest angestellten Kollegen nie hinnehmen müssten. Und deshalb muss die Politik endlich handeln. Gleiche Arbeit – gleicher Lohn! Es gibt keinen Grund, davon abzuweichen!

Wir lassen die Leiharbeiter nicht abhängen. Die Politik muss das endlich begreifen! Wir werden gerade in der IGMetall unseren Einfluss in den Betrieben nutzen, aber die Politik muss auch hier die Rahmenbedingungen richtig setzen. Deshalb: Weg mit der Bevorzugung der Niedriglöhne, weg mit 1€Jobs und Kombilöhnen, die die Beschäftigung nur weiter in den Strudel der Prekarität ziehen.

Und deshalb geht auch kein Weg vorbei an ordentlichen Mindestlöhnen. Wir erkennen an, dass sich allmählich ein Sinneswandel in der Politik durchsetzt. Das ist gut so und wir sagen: Mehr davon, vor allem endlich ein Mindestlohn für die Leiharbeit!

Die Niedriglohnpolitik – das ist inzwischen klar erkennbar – ist nicht nur schlimm für diejenigen, die von diesen miesen Löhnen leben müssen. Sie schädigt uns alle, denn von miesen Löhnen kann man weder ordentliche Steuern zahlen noch für die soziale Sicherung ausreichende Beiträge. Und damit kommt unser gesamtes Sicherungssystem ins Rutschen. Wir können noch so viel im Gesundheitswesen oder bei der Rentenversicherung reformieren: Wenn die Niedriglöhne die Finanzbasis immer weiter auszehren, werden wir aus den Problemen nicht herauskommen. Deshalb ist die beste Gesundheits- Renten- oder Steuerreform erst einmal die Rückkehr zu vernünftigen Einkommen, von denen die Menschen nicht nur leben, sondern auch ihren Beitrag zum Gemeinwohl, zu den öffentlichen Aufgaben und zur sozialen Sicherung leisten können.

Anrede,

Veränderungen in der Politik ist das eine – aber wir sehen inzwischen, dass es auch entscheidende Veränderungen in der Wirtschaft geben muss. Solange anonyme Konzernzentralen die Betriebsstätten und Arbeitsplätze irgendwo in der Welt herumschieben können wie bei einem Monopolyspiel, werden wir immer nur an den Symptomen herumkurieren.

Was ist denn heute eigentlich das Interesse eines Unternehmens? Wer nimmt es wahr? Die Anteilseigner, die die Finanzanlagen halten, jedenfalls nicht: Die interessiert nur der shareholder-value, die möglichst hohe Rendite, und zwar hier und gleich. Wenn es anderswo ein halbes Prozent mehr gibt, sind sie schon auf dem Absprung. Und das Management in

den Unternehmen folgt genau den gleichen Prinzipien. Sie krempeln die Unternehmen von Grund auf um und nur die wenigsten erleben noch, was sie überhaupt angerichtet haben. Die weniger werdenden Eigentümerunternehmen sind oft auch schon abhängig von den Kapitalmärkten.

Das langfristige, das wirkliche Interesse im Unternehmen können nur diejenigen repräsentieren, die auch in 20 Jahren noch einen Arbeitsplatz haben wollen und in 40 Jahren ihre Betriebsrente. Und das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie müssen mehr Einfluss nehmen können auf das, was im Unternehmen geschieht. Die Lösung heißt Mitbestimmung, mehr Mitbestimmung!

Jahrelang wurde die Mitbestimmung schlecht geredet; sie wurde als Standortnachteil mies gemacht und stand lange auf der politischen Streichliste! Heute wissen wir: Ohne die Instrumente Mitbestimmung und Betriebsverfassung, ohne Tarifautonomie und Flächentarifverträge stände unsere Wirtschaft wesentlich schlechter da! In manchen Unternehmen haben die Arbeitnehmervertreter in der Krise sogar die Verantwortung übernehmen müssen, weil das Management mit seinem Latein am Ende war.

Deshalb ist es so wichtig, dass die Bundesregierung im Koalitionsvertrag endlich darauf verzichtet hat, die Mitbestimmung schleifen zu wollen. Und ich kann nur sagen: Schön, aber das reicht nicht: Wir brauchen mehr Mitbestimmung und wieder mehr Unternehmen in Mitbestimmung und mehr Entscheidungsbefugnisse für die Arbeitnehmerseite! Damit bekämen wir endlich ein bisschen mehr Gegengewicht gegen das wild gewordene Kapital – und das ist dringend überfällig. Wenn wir z.B. die Mitbestimmungsmöglichkeiten, die das VW-Gesetz bietet, auch in anderen Unternehmen gehabt hätten, hätten wir manchen Schwachsinn verhindern können. Deshalb auch hier: Wir gehen vor! Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und deshalb brauchen wir endlich mehr Mitbestimmung!

Lasst mich mit einem Dank an die schließen, die die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben und Konzernen wahrnehmen, die viel ehrenamtliches Engagement einbringen, damit die Beschäftigten zu ihrem Recht kommen. Das ist nicht selbstverständlich und mühsam allemal. Öffentliche Anerkennung in den Ehrenamtskampagnen bleibt meist aus. Stattdessen musste „betriebsratsverseucht“ zum Unwort des Jahres gekürt werden. Umso wichtiger ist, heute allen zu danken, die sich da einsetzen. Die Welt, die Arbeitswelt wäre schlechter ohne Euch. Und deshalb denen, die gerade neu als Betriebsrätinnen und Betriebsräte gewählt wurden oder noch werden: Herzlichen Glückwunsch und alles Gute für Eure Arbeit.

Und uns allen noch einen schönen 1. Mai!